

## **Lasst bloß die Hände weg vom Mindestlohn**

**Schwarz-Rot will am Montag einen Mindestlohn beschließen. Deutschlands führende Ökonomen warnen: Dann werden Jobs vernichtet, und die Armen bleiben arm.**

*Von Carsten Germis und Rainer Hank*

(...)

„Wer arbeitet, muss von seiner Arbeit auch leben können.“ Deshalb haben Union und SPD schon 2005 in ihrer Koalitionsvereinbarung verabredet, über einen Mindestlohn in Deutschland zu reden. (...)

Am Montag kommt es im Berliner Kanzleramt zum Schwur: Sozialminister Franz Müntefering droht der Kanzlerin, den populären Mindestlohn zum Wahlkampfthema zu machen, wenn sie nicht endlich zustimmt. Angela Merkel wackelt. Nicht für alle, aber zumindest für einige Branchen wie Metzger, Friseure oder Briefboten will sie den Mindestlohn akzeptieren.

Namhafte Ökonomen, von der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung befragt, widersprechen und warnen die Runde im Kanzleramt: „Hände weg vom Mindestlohn.“ Mit einer Ausnahme - dem Würzburger Ökonomen Peter Bofinger - ist die Antwort der führenden deutschen Wirtschaftswissenschaftler eindeutig: Ein Mindestlohn ist für Deutschland schädlich. Er lindert weder die Armut, noch schafft er mehr Beschäftigung. Im Gegenteil: Mindestlöhne vernichten Arbeit, sagen die Wissenschaftler (...).

Sind Ökonomen kaltherzigere Menschen als Politiker? Sie selbst bestreiten das. Sie weisen aber auch darauf hin, dass zwischen „gut gemeint“ und „gut gemacht“ ein Unterschied besteht. Schließlich ist kein Arbeitgeber gezwungen, zu einem Mindestlohn einen ungelerten Arbeiter zu beschäftigen. Er kann die Arbeit von Maschinen machen lassen („Putzmaschinen statt Reinigungspersonal“) oder die Produktion in ein anderes Land verlagern („Berliner Hotelwäschereien in Polen“).

(...)

„Viele andere Staaten haben einen Mindestlohn“, kontern die Politiker. Großbritannien, Frankreich, sogar die Vereinigten Staaten könnten gut damit leben, sagen sie. Und berufen sich auf eine empirisch fundierte Studie zweier Princeton-Forscher, die nachweisen will, dass staatlich verordnete Mindestpreise am Arbeitsmarkt keine negativen Folgen für die Beschäftigung hätten. In England liege der Mindestlohn sogar über acht Euro und vernichte dennoch keine Arbeitsplätze, sagen die Befürworter.

Doch der internationale Vergleich ist tückisch. Fast immer wird unterschlagen, wie viele Menschen davon betroffen sind. In England ist die Arbeitslosigkeit niedrig, die Nachfrage nach Arbeitskräften groß. Nur 1,4 Prozent arbeiten dort für den Mindestlohn, alle anderen verdienen ohnehin schon mehr. Der Mindestlohn entfaltet also kaum Wirkung. In Deutschland fielen bei einem Mindestlohn von 7,50 Euro rund zehn Prozent der Beschäftigten unter das Preisdiktat - in Ostdeutschland sogar deutlich mehr.

Nicht England oder Amerika, sondern Frankreich ist am ehesten mit Deutschland vergleichbar. Denn dort sind 15 Prozent der Beschäftigten dem Mindestlohn unterworfen. Tatsächlich zeigt sich die jobvernichtende Wirkung des Lohndiktats bei den französischen Jugendlichen besonders krass: Im gleichen Maße, in dem der Mindestlohn stieg, erhöhte sich auch die Arbeitslosigkeit. „Klarer könnten die Warnsignale gar nicht sein“, sagt Axel Börsch-Supan, Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirats von Wirtschaftsminister Michael Glos.

(...)

„Der Staat soll Mindesteinkommen sichern anstatt Mindestlöhne vorzuschreiben“, sagt der Sachverständige Wolfgang Franz.

Das passiert in Deutschland aber ohnehin schon. Wer arbeitet und weniger verdient als ihm die Arbeitslosenhilfe zugesteht, bekommt seinen Lohn aufgestockt. Anders als in Amerika, wo der Mindestlohn ein soziales Abrutschen verhindern soll, gibt es im deutschen Sozialstaat Transfers aus der Staatskasse, die ein menschenwürdiges Leben ermöglichen. Die Ökonomen schlagen eine Reihe von Hilfen vor, wie der Staat durch Subjektförderung gering bezahlte Arbeit zusätzlich unterstützen kann (negative Einkommensteuer, aktivierende Sozialhilfe).

Wenig spricht dafür, dass sich die Koalitionsrunde am Montag von den Argumenten der Ökonomen belehren lässt. Zwar lehnt die Union einen gesetzlichen Mindestlohn ab, doch längst haben Merkel & Co. einen anderen Weg als Kompromiss angeboten: Danach sollen die von den Tarifpartnern ausgehandelten Löhne für bestimmte Branchen - im Gespräch sind die Friseure, Zeitarbeiter, Metzger und die Briefboten - für allgemeinverbindlich erklärt werden. Auch Unternehmen, die den Tarifvertrag nicht mit ausgehandelt haben, müssten sich dann daran halten. In einem zweiten Schritt würde diese Norm dann vom Arbeitsminister auch für ausländische Arbeiter als verbindlich erklärt - was für diese Branchen faktisch auf einen gesetzlichen Mindestlohn hinaus liefe. „Das wäre schlimmer als allgemeine gesetzliche Mindestlöhne“,

sagen Bert Rürup und viele seiner sachverständigen Kollegen. Denn das verleiht den Gewerkschaften und den Verbänden eine Macht zur Lohnsetzung, für die ihnen längst von den Mitgliedern die Legitimation entzogen wurde.

*Vollständiger Artikel erschienen in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung am 17. Juni 2007, Nr. 24.*